KWP70

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Geflüchtete willkommen heißen**

Text

Kiel hat wie bereits im Jahr 2015 auch im Jahr 2022 große Aufnahmebereitschaft gezeigt und viele vor Krieg und Vertreibung fliehende Menschen willkommen geheißen. Hier wurde Herausragendes von Verwaltung und Stadtgesellschaft geleistet. Kiel ist Teil des Bündnisses sicherer Hafen. Das heißt, wir setzen uns dafür ein, Flüchtende aufzunehmen - über die bestehende Verteilungsquote (Königsberger Schlüssel) hinaus. Wir werden uns auch weiterhin auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Kommunen, die Aufnahmebereitschaft zeigen, freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen dürfen.

Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Das Ziel ist eine Überleitung in dezentrale Unterkünfte spätestens nach vier Monaten. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass dennoch immer wieder Gemeinschafts- und Notunterkünfte benötigt werden, in denen die Menschen aufgrund der angespannten Lage im Wohnungsmarkt auch nicht nur eine kurze Zeit verbleiben. Wir wollen, dass alle kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte guten Unterbringungsstandards entsprechen. Das heißt für uns: Privatsphäre, Gemeinschaftsräume, eine sichere und ansprechende Umgebung sowie eine qualitative Betreuung. Wir verpflichten uns, für alle Unterkünfte ein Gewaltschutzkonzept vorzulegen und stetig zu überprüfen und dabei insbesondere die Vorgaben der Istanbul-Konvention zu berücksichtigen. So mussten kurzfristig weitere Kapazitäten für die Unterbringung geschaffen werden. Die Belastung in Sammelunterkünften zu leben, treibt einige Menschen dazu, dubiose Angebote von Vermieter*innen anzunehmen, so dass es zu Ausbeutungssituationen kommt.

Die Betreuungs- und Versorgungsinfrastruktur für Geflüchtete wollen wir sicherstellen. Wichtig sind vor allem die Sprachkurse. Hier wollen wir ausreichend Angebote für Sprachkurse mit einer niedrigschwelligen

Kinderbetreuung schaffen. Gemeinsam mit den Sprachkursanbieter*innen wollen wir überlegen, wie wir ausreichend Lehrpersonal sicherstellen und wo wir in geeigneten Fällen digitale Angebote fördern können, um noch mehr Menschen zu erreichen.

Die Träger AWO, Diakonie, Caritas und Christlicher Verein leisten unverzichtbare Arbeit. Wichtig sind hierbei passgenaue Angebote für die psychologische Betreuung, Bildung, Spracherwerb, queere Geflüchtete, Kinder und Jugendliche und Angebote, die die Integration erleichtern. Wir haben in der vergangenen Legislatur die Finanzierung für die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e. V. (ZBBS) sichergestellt und erhöht. Eine gelungene Aufnahme durch die Gesellschaft lohnt sich auf lange Sicht immer für beide Seiten, das Individuum und die Gesellschaft.

Die Gesundheitsversorgung auch von Menschen ohne gültige Ausweispapiere muss sichergestellt sein.